

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

**Band:** 103 (2023)

**Heft:** 1109

**Artikel:** Die Finma muss der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden

**Autor:** Roussel, Alexis

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1050560>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Finma muss der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden

Die Schweizer Finanzaufsichtsbehörde ändert willkürlich die Regeln für Kryptobörsen. Das schwächt nicht nur die Branche, sondern auch demokratische Prozesse.

von Alexis Roussel

**W**ährend in der Schweiz allgemein eine positive Haltung gegenüber der Kryptoindustrie herrscht, verfolgt die Finma als Regulierungsbehörde der Schweizer Finanzmärkte einen sehr paradoxen Ansatz. In der Öffentlichkeit behauptet sie technologienutral zu sein und sagt, sie begrüsse Innovationen. In der Praxis ändert die Finma ständig die Regeln, schafft Unsicherheit und schränkt die Fähigkeit der Branche ein, völlig legale Dienstleistungen zu erbringen. Die Finma tut dies, indem sie Einschränkungen einführt, die das Wesen des Rechts selbst verändern. Das erwartet man nicht von einer Institution, die keine Gesetzgebungskompetenz hat. Wenn man alles zusammen betrachtet, sieht das Bild für unsere demokratischen Prozesse sehr düster aus. Deshalb sind wir nun gezwungen, die Finma vor Gericht zu bekämpfen.

Eine der vielen Änderungen, die die Finma eingeführt hat, ist die Beschränkung von Kryptowährungsbörsen mit dem Ziel, Geldwäscherie im grossen Stil zu bekämpfen. Das Gesetz erlaubt es, Transaktionen von bis zu 5000 Franken ohne Identifikation abzuwickeln. Die Finma hatte diesen Betrag für Bitcoin-Börsen bereits auf 1000 Franken gesenkt, indem sie einer Forderung der Financial Action Task Force (FATF) in einem unsorgfältigen Vernehmlassungsverfahren folgte. Nun will die Finma die Limite weiter senken, auf 1000 Franken innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen. Dies ist wirtschaftlich und technisch nicht machbar. Die Botschaft der Finma ist klar: Sie will nicht, dass Kryptotransaktionen ohne Identifikation stattfinden – obwohl das Gesetz dies zulässt.

## Die Finma will nicht zuständig sein

Hier ist der Haken: Nachdem die Finma versucht hatte, diese Änderung mit einer einfachen E-Mail an die Selbstregulierungsorganisationen durchzusetzen, änderte sie ihre eigene Verordnung, um die neue Regel durchzusetzen. Im

dazugehörigen Bericht zielt sie speziell auf Bitcoin-Automaten ab. Die Finma-Verordnung lässt eine solche Änderung jedoch nicht zu. Die Verordnung gilt nur für eine begrenzte Anzahl von Finanzinstituten – Devisenbörsen gehören nicht dazu. Die Finma hat jedoch ein Soft-Power-Umfeld geschaffen, das Selbstregulierungsorganisationen, die Devisengeschäfte beaufsichtigen, dazu zwingt, ihre eigenen Regeln an die Wünsche der Finma anzupassen. Dies weckt Zweifel an der Rechtmässigkeit des Vorgehens der Finma.

Unser Unternehmen Bity betreibt Bitcoin-Automaten und ist klar von dieser neuen Regelung betroffen. Also haben wir die Finma gefragt: Gilt die Finma-Verordnung auch für Bity? Die Finma antwortete, sie sei für die Beantwortung dieser Frage nicht zuständig. Wie kann eine Institution in einer rechtsstaatlichen Demokratie eine Regelung schaffen und dann behaupten, sie sei nicht zuständig zu sagen, ob etwas von eben dieser Regelung betroffen ist? Wir haben eine Beschwerde wegen Rechtsverweigerung beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht, um eine klare Antwort zu erhalten.

## Innovationskraft ist gefährdet

Aber unser Fall geht viel tiefer. Die Finma ist eine Regulierungsbehörde, die eingerichtet wurde, um eine Branche zu beaufsichtigen, die mit traditionellen Technologien arbeitet. Kryptowährungen bringen mit ihrer Offenheit und ihrem Peer-to-Peer-Charakter eine grundlegende Veränderung der Infrastruktur mit sich. Anstatt ihre Rolle zu überdenken, zwingt die Finma diese neue Branche, Regeln zu übernehmen, welche die Nutzung ihrer offenen Infrastruktur reduzieren. Und weil sich die Finma durch diese neue Branche so bedroht fühlt, umgeht sie alle üblichen administrativen und demokratischen Prozesse. Ohne jede Folgenabschätzung, ohne Berichte und ohne Berücksichtigung von Konsultationsbeiträgen setzt sie neue Regeln



Ein Kryptoautomat der Schweizer Firma Bity, aufgenommen im Juli 2023. Bild: Pius Koller/Imago.

durch, die auf den Eindrücken von Zeitungen wie dem «Blick» basieren. Seit wann erlässt die Finma Vorschriften aufgrund von vereinfachenden Zeitungsartikeln?

Leider untersteht die Finma nicht der öffentlichen Aufsicht, weil sie nicht zur Transparenz verpflichtet ist. Damit entzieht sich die Behörde jeglicher Kontrolle. Dies schadet aber der Fähigkeit der Finanzbranche, innovative Dienstleistungen zu erbringen. Deshalb muss die Finma reformiert werden. Als erstes sollten wir sie dem Transparenzgesetz unterstellen. Die Finma muss eine transparente Behörde werden wie alle anderen auch. ↵

Aus dem Englischen übersetzt von Andrea Seaman. Der Artikel ist auf schweizermonat.ch in der Originalsprache verfügbar.



**Alexis Roussel**

ist Verwaltungsratspräsident von Bity und ehemaliger Präsident der Schweizer Piratenpartei. Zuletzt von ihm erschienen (gemeinsam mit Grégoire Barbe): «Notre si précieuse intégrité numérique: Plaidoyer pour une révolution humaniste» (Editions Slatkine, 2021).